

Es gärt beim WZV

Im Wege-Zweckverband gärt es. Es gibt aus der Politik Fragen zur Neuausrichtung und Struktur, und auch Kritik an WZV-Chef Jens Kretschmer. So soll das Betriebsklima schlecht sein. Der Verband im Kreis Segeberg entsorgt Müll, hält Straßen und Kanalisation instand und baut das Glasfasernetz aus.

Von Gerrit Sponholz



Manche Bürgermeister sind mit dem WZV unzufrieden. Quelle: Gerrit Sponholz

Kreis Segeberg. „Ich habe das Gefühl, es wächst ihm über den Kopf“, nimmt Dietrich Herms, Bürgermeister von Klein Rönnau, kein Blatt vor den Mund.

Das Dorf ist wie alle anderen Städte und Gemeinden des Kreises Segeberg (außer Norderstedt) der Träger des WZV. Am Dienstag, 6. Dezember, sollen die Bürgermeister während der Verbandsversammlung in Oering entscheiden, ob der WZV ein neues Tochterunternehmen gründet. Dieser Schritt sei wegen des Vergaberechts nötig, sagt der WZV. „Er sichert ein Fortbestehen aller Aufgaben und Arbeitsplätze.“

Davon ist auch Herms überzeugt. Er will mit Ja stimmen. Andererseits übt er harte Kritik an Kretschmer. Das Betriebsklima beim WZV sei schlecht. „Das muss intern gelöst werden.“ Herms hat nur noch „wenig Vertrauen“

in Kretschmers Führungsqualitäten. „Er müsste an sich arbeiten.“ Außerdem halte der WZV wenig Kontakt zu den Kommunen.

Auch Jörg Buthmann, Bürgermeister von Wensin, kritisiert den WZV. Der Neugründung einer Tochtergesellschaft könne er derzeit nicht zustimmen. Es seien zu viele Fragen offen, die neue Konstruktion wäre komplex und fast wie eine Holding. Am besten sei es, den Punkt zu vertagen. Buthmann fragt sich, ob der WZV nicht zu viel wolle. „Ist etwa die Kanalisation noch die Arbeit eines Wege-Zweckverbandes?“ Der WZV brauche eine klare Struktur.

Skeptisch sehen die geplante Reform auch einige WZV-Arbeitnehmer. Rund 200 von insgesamt 300 waren vor wenigen Tagen zu einer Informationsveranstaltung der WZV-Führung in Kisdorf gekommen. Aus Teilnehmerkreisen war zu erfahren, dass viel Kritik geübt worden sei. So würde die WZV-Führung nicht ausreichend informieren, sei die Arbeitsbelastung hoch und das Betriebsklima schlecht, gebe es Sorgen um Jobsicherheit und mögliche Auslagerungen, und würden zu viele Leiharbeiter beschäftigt.

Der WZV-Hauptausschuss, dem fünf Bürgermeister angehören, hat den Reformentwurf dagegen abgesegnet und der Verbandsversammlung empfohlen zuzustimmen. Das ist im Sinne der WZV-Führung. Durch die neue Tochterfirma würden alle Jobs gesichert. „Kein Mitarbeiter wird schlechtergestellt“, sagt WZV-Justiziar Nis Nissen. Die Reform solle „in enger Abstimmung mit der Personalvertretung“ 2017 in die Wege geleitet werden. „Einen groben Fahrplan haben wir.“